

Städtebaulicher Vertrag
zur Regelung der Zusammenarbeit und der Kostentragung so-
wie der Grundzustimmung für weitere Maßnahmen und Kosten
im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Bahrenfeld 71 -
Lurup 69

zwischen

der

Freien und Hansestadt Hamburg
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung
Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

nachstehend BSW genannt

und dem

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Notkestraße 85
22607 Hamburg

nachstehend DESY genannt

Vorbemerkung / Präambel

- (1) DESY beabsichtigt den Neubau des Ringbeschleunigers PETRA IV und damit den Ausbau und die Entwicklung des bundes- und weltweit bedeutenden Forschungsstandorts DESY. Betroffen ist davon die städtebauliche Entwicklung eines Bereichs, der sich westlich der Luruper Hauptstraße über Teilflächen des DESY-Areals bis in den Lise-Meitner-Park in Bahrenfeld erstreckt. Diese Nutzungsabsicht wird im Folgenden „Vorhaben“ genannt.
- (2) Die BSW beabsichtigt, für die Fläche das erforderliche Planungsrecht durch einen Bebauungsplan mit der vorgesehenen Bezeichnung Bahrenfeld 71 - Lurup 69 zu schaffen. Das Bebauungsplangebiet ist in der Anlage 1, die Bestandteil des Vertrags ist, dargestellt. Falls das Plangebiet geändert wird und sich dies auf den Vertrag auswirkt, werden die Vertragspartner entsprechende Änderungen vornehmen.
- (3) Die Durchführung des Planverfahrens und der sonstigen hoheitlichen Verfahrensschritte obliegt der BSW. Die Vertragsparteien sind sich bewusst, dass die gemeindliche Planungshoheit aufgrund der Ausarbeitung der Planung durch DESY bzw. den durch DESY beauftragten Planungsbüro nicht eingeschränkt wird. Beiden Vertragspartnern ist bekannt, dass sich Inhalt und Aufstellung des Bebauungsplans sowie die Durchführung des Bebauungsplanverfahrens nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften richten, insbesondere gemäß § 1 Absatz 7 des Baugesetzbuchs eine Abwägung der öffentlichen und privaten Belange vorzunehmen ist und von Entscheidungen der plangebunden Gremien abhängen.
- (4) Die Vertragspartner sind sich bewusst, dass durch diesen Vertrag kein Anspruch auf Erlass eines Bebauungsplanes begründet wird; § 1 Absatz 3 des Baugesetzbuchs bleibt unberührt. Auch stellen die in Absatz 2 genannten Absichten keine Zusage derartiger Ereignisse dar. Ebenso bestehen keine Schadenersatzansprüche bei Abbruch des Verfahrens oder bei einem anderen Inhalt als dem erwarteten.

§ 1 Vertragsgegenstand

Dieser Vertrag dient der Regelung der Zusammenarbeit und der Kostentragung im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens und der Absichtserklärung für eine Grundzustimmung für weitere Maßnahmen und Kosten, die sich aus dem Planverfahren ergeben können.

§ 2 Zusammenarbeit

- (1) DESY und BSW verpflichten sich im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Dies beinhaltet in jedem Falle die rechtzeitige und umfassende Information des Vertragspartners über solche Umstände, die für diesen von Bedeutung sind, sowie die erforderliche Koordination und Abstimmung während der Planung. Zu diesem Zweck werden folgende Ansprechpartner benannt:
Projektbeauftragte von Seiten der BSW sind:



- (2) Bis zum Erreichen der Vorweggenehmigungsreife unterrichtet DESY oder das von DESY beauftragte Planungsbüro gemäß § 2 Absatz 1 die Projektbeauftragten der BSW monatlich per Mail oder in einem mündlichen Gespräch über den Stand der Planungen, mindestens aber, sobald wichtige Erkenntnisse oder Tatsachen eingetreten sind, die sich auf das Bebauungsplanverfahren auswirken können. Die BSW unterrichtet DESY sowie das von ihm beauftragte Planungsbüro über Entwicklungen, die für den Inhalt und den Fortgang des Bebauungsplanverfahrens von Bedeutung sind.
- (3) Die BSW wird im Rahmen des rechtlich Möglichen und Zulässigen mitwirken um das Verfahren zügig abzuwickeln.
- (4) Die Beauftragung eines geeigneten, d.h. erfahrenen bzw. mit den rechtlichen und organisatorischen Gegebenheiten der Freien und Hansestadt Hamburg vertrauten Planungsbüros und eines geeigneten Landschaftsplanungsbüros ist bereits durch DESY erfolgt.
 Als Planungsbüro wurde Sell. Wild. Claussen-Seggelke Partnerschaftsgesellschaft beauftragt. [REDACTED]
 Als Landschaftsbüro wurde Landschaft + Plan beauftragt:
 [REDACTED]
- (5) Die BSW ist berechtigt, dem von DESY beauftragten Planungsbüro und dem Landschaftsplanungsbüro sowie ggf. weiteren Ingenieurbüros bzw. Gutachtern in direkten Kontakt zu treten um Nachfragen zu stellen und Weisungen zu erteilen, z.B. zu den Inhalten des Bebauungsplanentwurfs, um eine rechtssichere Abwägung oder um ein zügiges Bebauungsplanverfahren zu gewährleisten.

§ 3 Ausarbeitung der Planung, Datenschutz

- (1) Die Beauftragung eines Planungsbüros und eines Landschaftsplanungsbüros ist durch DESY erfolgt und umfasst alle erforderlichen Planungsleistungen gem. HOAI und die Vorbereitung und Durchführung von Verfahrensschritten sowie den Vorschriften zum Umweltschutz nach Baugesetzbuch (insbesondere Entwerfen, Abstimmen und Verschieben beziehungsweise das digitale Bereitstellen von Unterlagen für die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeitsbeteiligung, Eingriffsregelung und Ermittlung von Ausgleichsmaßnahmen). Darüber hinaus umfassen die Beauftragungen durch DESY die ggf. erforderliche Überarbeitung des Planentwurfs nach Beschlüssen der politischen Gremien sowie die Erstellung von erforderlichen Baum- und Biotopkartierungen, artenschutzrechtlichen Untersuchungen, Umweltbericht und landschaftsplanerischem Fachbeitrag. Die durch DESY beauftragten Büros sind verpflichtet, fachplanerische bzw. gutachterliche Auskünfte aus stadtplanerischer und landschaftsplanerischer Sicht zu prüfen, ggf. zu überarbeiten und die Abwägung gemäß § 1 Absatz 7 BauGB vorzubereiten. Insbesondere sind die Unterlagen, die für die Beteiligung der Öffentlichkeit, der politischen Gremien und Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange vorgesehen sind, von der BSW freizugeben.
- (2) Das durch DESY beauftragte Planungsbüro führt die Verfahrens- und Beteiligungsschritte nach den Vorgaben der BSW und gem. den Anforderungen an die digitale Erstellung von Bebauungsplänen gemäß Anlage 2 durch, u.a. unter Zuhilfenahme des IT-Verfahrens „Bauleitplanung online“ und des Moduls „Zuvex“ durch. Die Planzeichnung ist XPlan GML-konform zu erstellen.

- (3) Die inhaltlich erbrachten Leistungen der Planungs- und Landschaftsplanungsbüros und ggf. weiteren Ingenieurbüros bzw. Gutachtern, die durch DESY beauftragt sind, können bei Bedarf durch die BSW geprüft und freigegeben werden.
 - (4) Die Planungsbüros und die Ingenieurbüros haben die geltenden Rechtsvorschriften, insbesondere das Baugesetzbuch, die Baunutzungsverordnung, die Hamburgischen „Hinweise zur Bebauungsplanung“, die Hamburgische Bauordnung, das Bundesnaturschutzgesetz, das Hamburgische Gesetz zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes, die städtebaulichen Grundsätze, das Bundesimmissionsschutzgesetz, den Hamburger Leitfaden Lärm und die anerkannten Regeln der Technik zu beachten.
 - (5) Die beauftragten Büros und Gutachter sind verpflichtet, im Rahmen der Bauleitplanung Verschwiegenheit zu bewahren. Diese Verpflichtung besteht auch nach Abschluss der Planung fort.
 - (6) Die beauftragten Büros müssen Stellungnahmen, die die Öffentlichkeit und die Träger öffentlicher Belange im Planverfahren einreichen, vertraulich behandeln. Dies bedeutet insbesondere:
 - Stellungnahmen dürfen nur im fachlich erforderlichen Fall und unter Wahrung des Vertrauensschutzes an DESY und an private, mit der Bauleitplanung befasste Büros (Fachplaner bzw. –gutachter) weitergeleitet werden. Ein Erfordernis besteht, wenn objektiv nur diese privaten Stellen Auskünfte zu den Stellungnahmen oder zu einzelnen Aspekten der Planung geben können.
 - Die Weiterleitung ist auf die für die Beantwortung notwendigen Teile der Stellungnahmen zu begrenzen.
 - Angaben, die Rückschlüsse auf die Absender von Stellungnahmen der Öffentlichkeit enthalten, sind unzulässig.
 - Eine Weitergabe von Stellungnahmen und Informationen an sonstige Personen und Stellen ist unzulässig.
 - Die datenschutzrechtlichen Erfordernisse im Rahmen der Bedienung des IT-Verfahrens „Bauleitplanung-Online“ sind einzuhalten.
- Die Anlagen 2 und 3 sind Gegenstand des Vertrages.

§ 4 Kostentragung

- (1) DESY verpflichtet sich zur Übernahme der Planungs- und Gutachterkosten, die für die Ausarbeitung des Bebauungsplanes Bahrenfeld 71 - Lurup 69 entstehen und die über die bereits durch DESY beauftragten Leistungen hinausgehen. Die Vergabe der Gutachten erfolgt in Absprache durch die BSW oder durch DESY.
Nach derzeitigem Stand wird DESY, neben dem bereits durch DESY beauftragten Planungsbüro sowie Landschaftsplanungsbüro, für folgende erforderliche Gutachten und Planungen die Kosten übernehmen:
 - Baulogistikkonzept
 - Verkehrstechnische Untersuchung
 - Lärmschutzgutachten (Verkehrs- und Anlagenlärm, Sport- und Freizeitlärm, Lärm während der Bauphase)
 - Luftschadstoffgutachten, u.a. mit Angaben zur Bauphase (Stäube) sowie durch Verkehre im Bereich Luruper Hauptstraße hinsichtlich der angrenzenden Kleingärten (Gutachtenbedarf in Prüfung)

- Erschütterungsgutachten (S-Bahn, Luruper Hauptstraße, ggf. baubedingte Erschütterungen)
 - Lichtgutachten, u.a. mit Angaben zur Bauphase sowie anlagenbezogen
 - Elektromagnetische / Radioaktive Strahlung
 - Bodengutachten, insb. aufgrund des umfangreichen Aushubs / geplanten Wiedereinbaus von Böden, Grundwasserstände, Versickerungsfähigkeit
 - Entwässerungskonzept nach den Vorgaben von RISA
 - Energiekonzept mit Angaben zur Nutzung von Abwärme
 - Baumgutachten (prägende Großbäume)
 - Gutachten zum Kleinklima (Kaltluftentstehung, Durchlüftung)
 - Städtebaulich landschaftsplanerischer Funktionsplan (u.a. Verlagerung Sportnutzungen, Wege / Freizeitrouten) / Parkgestaltungskonzept
 - Visualisierung der Veränderung des Landschaftsbildes
 - Landschaftsplanerischer Fachbeitrag mit Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung
 - Weitere notwendige Kartierungen, z.B. von §30 Biotopen
- (2) Die Arten der Untersuchungen werden in der Grobabstimmung mit den Fachdienststellen (Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange) und je nach Notwendigkeit durch die BSW festgelegt. Im Verfahren können noch weitere Untersuchungen, Gutachten oder Planungen hinzukommen. Die fachlichen Inhalte der Aufträge an die externen Büros sind im Vorfeld der Auftragsvergabe zwischen DESY und BSW und ggf. den zuständigen Fachdienststellen abzustimmen. Bei bereits beauftragten Leistungen durch DESY sind diese der BSW zur Verfügung zu stellen und durch die BSW zu prüfen.
- (3) DESY übernimmt zudem alle Kosten im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen (z.B. Öffentliche Plandiskussion). Hierzu gehören insbesondere die Kosten für die Organisation dieser Veranstaltungen durch das beauftragte Planungsbüro in Abstimmung mit der BSW, der Druck von Ankündigungsplakaten, die Aufstellung dieser Plakate, die Miete für die Veranstaltungsorte, die Ausstattung des Veranstaltungsortes mit Materialien und Technik, die Koordination und Vergütung von externen Teilnehmern (z.B. Gutachterbüros), der Erstellung und Verteilung von Informationsmaterial und die Beauftragung und Überwachung von weiteren Dienstleistern (z.B. Schnee- und Eisräumung, Ordnungsdienst).
- (4) Die BSW stellt DESY eine Kostenschätzung über diejenigen Gutachten, die voraussichtlich durch die BSW beauftragt werden zur Verfügung und schreibt diese während des Bebauungsplanverfahrens fort. DESY trägt die Kosten für alle erforderlichen und durch die BSW beauftragten Planungen und Gutachten bis zu einem Maximalbetrag von [REDACTED]. Die BSW wird DESY umgehend informieren, wenn ein Gesamtbetrag von [REDACTED] überschritten wird. Die Parteien werden sich sodann über die weitere Kostentragung verständigen.
- (5) Die BSW ist darüber hinaus berechtigt, Änderungen bzw. Nachbesserungen sowie weitere Gutachten, Untersuchungen, Ausarbeitungen, Vervielfältigungen etc. zu fordern, soweit diese im Laufe der Planung für eine sachgerechte Abwägung gemäß § 1 Absatz 7 des Baugesetzbuchs oder für die Information der Träger öffentlicher Belange nach Inkrafttreten des Bebauungsplans notwendig werden.
- (6) Die BSW behält sich vor, eigene Vorgaben der Planung zu korrigieren, wenn sich dies im Laufe des Planverfahrens als erforderlich oder zweckmäßig herausstellt. Die Kosten eventueller Planungsänderungen übernimmt DESY.
- (7) DESY überlässt den o.g. Büros diesen Vertrag zur Kenntnis und Beachtung der sie betreffenden Regelungen.

§ 5 Hinweis auf die Erklärung der Grundzustimmung

Während der Erarbeitung des Bebauungsplans – verstärkt nach Durchführung des Arbeitskreises I – werden die Vertragspartner weitere vertragliche Regelungen abstimmen. Hierfür sollen ein städtebaulicher Vertrag und ggf. ein Erschließungsvertrag abgeschlossen werden.

§ 6 Urheberrechte

- (1) Die BSW darf die Leistungen von DESY beauftragten Dritten (Leistungsverfasser) für den vorgesehenen Bebauungsplan auch vor ihrer Veröffentlichung ohne deren Mitwirkung und kostenfrei auf alle Nutzungsarten nutzen, nutzen lassen und ändern. Dies ist durch DESY mit den von ihnen beauftragten Leistungsverfassern zu vereinbaren. Bei wesentlichen Änderungen wird die BSW DESY anhören.
- (2) Die BSW hat das Recht zur vollständigen oder auszugsweisen Erstveröffentlichung. Hat die BSW die Leistungen nach Absatz 1 geändert, so bedarf die Nennung des Leistungsverfassers dessen vorheriger Zustimmung. Der Leistungsverfasser bedarf zur Veröffentlichung der vorherigen schriftlichen Zustimmung der BSW, das diese nur versagen wird, wenn öffentliche Interessen entgegenstehen.
- (3) Die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die BSW ist nach § 3 Abs. 1 Nr. 8, § 10 Abs. 3 des Hamburgischen Transparenzgesetzes verpflichtet, Gutachten, Studien etc. (im Folgenden: das Werk) im Informationsregister zu veröffentlichen und jedermann unentgeltlich zu jedweder freien Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung sowohl für nicht-kommerzielle als auch kommerzielle Zwecke, zu überlassen.
- (4) DESY ist das Hamburgische Transparenzgesetz (HmbTG) bekannt und stimmt einer Veröffentlichung der erbrachten Leistungen, Dokumentationen und Gutachten von DESY und deren beauftragten Dritten im Rahmen des Hamburgischen Transparenzgesetzes (HmbTG) zu. Der BSW entstehen dadurch keine zusätzlichen Kosten. Die Leistungen und Dokumentationen sind entsprechend so vorzubereiten, dass keine persönlichen Belange sowie Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse berührt bzw. erkennbar sind.
- (5) Soweit das Werk urheberrechtlich schutzfähig ist, räumt DESY sowie die von DESY beauftragten Leistungsverfasser der BSW zu diesem Zweck sämtliche erforderlichen Nutzungsrechte an dem zu erstellenden Werk zeitlich, räumlich und inhaltlich uneingeschränkt ein. Insbesondere räumt DESY der BSW das Recht ein, das Werk zu vervielfältigen, zu verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen, unter Wahrung seiner geistigen Eigenart zu bearbeiten oder umzugestalten, ungeachtet der Verwertungszwecke. DESY und die Leistungsverfasser gestatten der BSW, jedermann die freie Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung sowohl für nicht-kommerzielle als auch kommerzielle Zwecke im Umfang der eingeräumten Nutzungsrechte zu gestatten.
- (6) DESY sowie die von DESY beauftragten Leistungsverfasser verzichten auf die Geltendmachung von urheberrechtlichen Abwehransprüchen gegen Dritte; hiervon nicht erfasst sind Ansprüche wegen unterlassener Anerkennung der Urheberschaft (§ 13 UrhG) und wegen gröblicher Entstellung des Werkes (§ 14 UrhG).“

- (7) DESY ist bekannt, dass die durch DESY beauftragten Leistungen die Grundlage für ein amtliches Werk im Sinne von § 5 Absatz 2 des Urheberrechtsgesetzes darstellen, das im amtlichen Interesse zur allgemeinen Kenntnisnahme veröffentlicht werden soll. Mit der Veröffentlichung im Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt gemäß § 10 Absatz 3 des Baugesetzbuchs entfällt der urheberrechtliche Schutz.

§ 7 Haftungsausschluss und Kündigung

- (1) Bei Verzögerung oder Einstellung des Bebauungsplanverfahrens – aus welchem Grunde auch immer – verbleiben die entstandenen Kosten der Planung bei DESY; eine Erstattung der bis dahin entstandenen und nachgewiesenen Planungs- und/oder Gutachterkosten durch die BSW auf Grundlage dieses Vertrags findet nicht statt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Bebauungsplan infolge einer Normenkontrollklage ganz oder teilweise für unwirksam erklärt wird. DESY verzichtet schon jetzt unwiderruflich auf alle in diesem Zusammenhang eventuell entstehenden Schadenersatzansprüche; die BSW nimmt diesen Verzicht an. Eine Erstattung der entstanden und nachgewiesenen Planungs- und/oder Gutachterkosten auf einer anderweitigen vertraglichen Grundlage bleibt unberührt.
- (2) DESY kann den Vertrag mit Wirkung für die Zukunft kündigen, wenn sich im Laufe des Planverfahrens – z.B. aufgrund von Planänderungen – für sie ergeben sollte, dass sich das Vorhaben voraussichtlich nicht wirtschaftlich realisieren lassen wird. Die BSW seinerseits ist berechtigt, den Vertrag nach vorheriger Abmahnung zu kündigen, wenn DESY seine sich nach §§ 2, 3 und 4 ergebenden Pflichten nicht einhält oder finanziell nicht oder nicht mehr in der Lage ist, das Vorhaben durchzuführen. Die entstandenen Kosten trägt DESY unverändert und ungeachtet des Zeitpunktes der Rechnungsstellung.

§ 8 Rechtsnachfolge

DESY ist berechtigt, die Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. DESY wird von ihren Verpflichtungen aus diesem Vertrag frei, wenn der Rechtsnachfolger diese verbindlich übernommen und die BSW seine Zustimmung hierzu erteilt hat. Die BSW darf ihre Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern. Ein wichtiger Grund liegt bei fehlender finanzieller Leistungsfähigkeit des Rechtsnachfolgers vor.

§ 9 Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie anderer Vereinbarungen, die den Inhalt dieses Vertrages berühren, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, sofern nicht durch Gesetz eine andere Form vorgeschrieben ist.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen wirksam. Die Vertragsparteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch andere zulässige Regelungen zu ersetzen, die dem erstrebten rechtlichen und wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmungen möglichst weitgehend entsprechen.
- (3) Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien: Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam. Die Freie

und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

Hamburg, den 04.11.2021

Deutsches Elektronen-Synchrotron
DESY

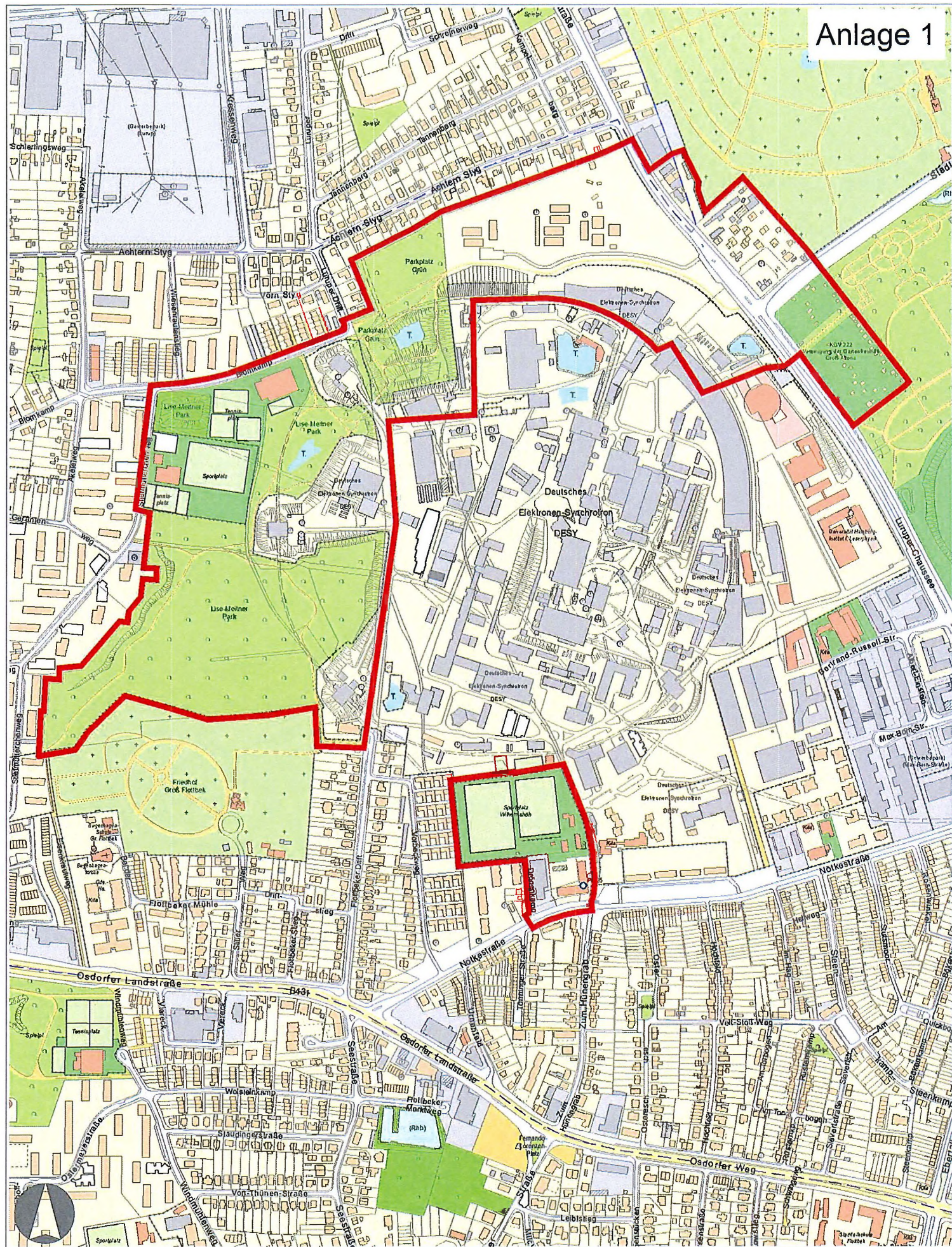
Hamburg, den 25.11.21

Freie und Hansestadt Hamburg
(Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen)

Anlage 1 – Darstellung des Plangebiets

Anlage 2 – Infoblatt zur Abgabe der digitalen Daten bei der Erstellung von Bebauungsplänen

Anlage 3 – Datenschutz, Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung



M 1:7500
(im Original)

Geltungsbereich B-Plan Ba 71 / Lu 69

Stand: 30.06.21
Druck: 30.06.21

0 50 100 200 Meter



Infoblatt zur Abgabe der digitalen Daten bei der Erstellung von Bebauungsplänen

Folgende Anforderungen werden an die digitale Erstellung von Bebauungsplänen gestellt:

1. Grundlage für die Planwerke ist ALKIS basierend auf dem Koordinatensystem ETRS89 Abbildung UTM ohne führende Zone 32 im Lagestatus 310 (EPSG:25832). Dieses Koordinatensystem ist auch bei Abgabe von digitalen Unterlagen wie Vermesungsergebnissen, Gutachten oder Ähnlichem anzuwenden.
2. Der neu zu erstellende Geltungsbereich soll an die bestehenden und elektronisch bereitgestellten angrenzenden Geltungsbereiche und / oder ggf. vorhandenen ALKIS-Flurstücks-Grenzen angepasst werden.
3. Die Erstellung der Pläne muss so erfolgen, dass Flächen (z.B. Baugebiete, Straßenverkehrsflächen) immer geschlossen sind und es keine Überschneidungen / Überlappungen oder Lücken bei den Flächen gibt, für die ein Flächenschluss (die Flächen, die in der Bilanzsumme die Fläche des Bebauungsplans ergeben) festgelegt ist. An-einandergrenzende Geometrien müssen in ihrer Lage identische Stützpunkte haben. Die Vorgaben des *„Pflichtenheftes zur Erstellung eines Bauleitplans unter Verwendung des Datenaustauschformates „XPlanung“ für die Freie und Hansestadt Hamburg“* sind zwingend zu berücksichtigen.
4. Alle Festsetzungen des Bebauungsplans, die Nachrichtlichen Übernahmen und die Kennzeichnungen einschließlich der textlichen Festsetzungen müssen in XPlanGML abgegeben werden. Das aktuelle Austauschformat ist XPlanGML in den Versionen 5.2. und 5.3.
5. Für die Online-Beteiligung ist ein ausgeschnittener, georeferenzierter Rasterplan (300 dpi, PNG-Format mit PGW-Datei) zu liefern. Dazu muss mindestens der Geltungsbereich als Umring in XPlanGML zur Grobabstimmung geliefert werden. Der jeweilige Status des Plans in der XPlanGML ist eindeutig zu unterscheiden nach im Verfahren (Entwurf) und festgestellt.
Die Planunterlagen sind auf dem [BOP-Sharepoint](#) abzulegen.

6. Für alle im Verfahren befindlichen sowie festgestellten Pläne gilt folgender Lieferumfang:

Verfahrensschritte	Lieferumfang von XPlankonformen Daten
Grobabstimmung	Umring als Xplan-GML
TöB-Beteiligung	komplettes XPlanGML inkl. vektorieller Informationen der Planzeichnung einschl. zeichnerischer Festsetzungen, ohne Referenzierung der textlichen Festsetzungen
Öffentliche Auslegung	komplettes XPlanGML inkl. vektorieller Informationen der Planzeichnung einschl. zeichnerischer Festsetzungen, ohne Referenzierung der textlichen Festsetzungen
Feststellung	komplettes XPlanGML inkl. vektorieller Informationen der Planzeichnung einschl. zeichnerischer Festsetzungen, inkl. Referenzierung der textlichen Festsetzungen; die textlichen Festsetzungen müssen an die betroffenen Planzeichen angehängt sein.

7. Damit festgestellte Bebauungspläne zeitnah nach Inkrafttreten im Planportal abgebildet werden können, sind dem LGV folgende Unterlagen im eigenen Verfahrensordner auf dem BOP-Sharepoint bereitzustellen:

- als **XPlanGML-Datei**: Planzeichnung
- als **DWG-Datei**: Planzeichnung
- als **Shape-Datei**: Umring des im Verfahren befindlichen Bebauungsplanes (einschließlich des Links zur Internetseite); Hinweis: Die Dateikomponenten sollten als ZIPArchiv bereitgestellt werden
- als georeferenziertes Rasterbild (PNG- und PGW-Datei): Planzeichnung
- als **PDF-Datei**:
 - Planzeichnung, für Plandrucke mind. in 300 dpi und mit Angabe des Blattformats
 - Verordnung. Für sie ist die nach Veröffentlichung im HmbGVBl. durch Lütcke & Wulff bereitgestellte PDF-Datei abzuholen und auf dem Sharepoint bereitzustellen
 - Begründung
 - Zusammenfassende Erklärung

Zusätzlich bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen:

- Vorhaben- und Erschließungsplan
- Durchführungsvertrag (geschwärzt)

Innerhalb von drei Geschäftstagen nach Veröffentlichung des festgestellten Bebauungsplans im HmbGVBl. sollen die o.g. Daten im BOP-Sharepoint bereitgestellt werden. Die Verantwortung hierfür trägt der Datenurheber bzw. Verfahrensträger (vgl. auch HmbTG).

Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung

Als Anlage zum städtebaulichen Vertrag vom 25.11.2021

- nachfolgend „Leistungsvereinbarung“ -

zwischen der
Freien und Hansestadt Hamburg vertreten durch

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung
Neuenfelder Str. 19
21109 Hamburg

- nachfolgend „Verantwortlicher“ -

und

Deutsches Elektronen- Synchrotron (DESY)
Notkestraße 85
22607 Hamburg

- nachfolgend „Auftragsverarbeiter“ -

- beide nachfolgend gemeinsam „Vertragsparteien“ -

wird die folgende Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung geschlossen:

Inhalt

Präambel

§ 1 Anwendungsbereich

§ 2 Konkretisierung des Auftragsinhalts

§ 3 Verantwortlichkeit und Weisungsbefugnis

§ 4 Beachtung zwingender gesetzlicher Pflichten durch den Auftragsverarbeiter

§ 5 Technisch-organisatorische Maßnahmen und deren Kontrolle

§ 6 Mitteilung bei Verstößen durch den Auftragsverarbeiter

§ 7 Löschung und Rückgabe von Daten

§ 8 Subunternehmen

§ 9 Datenschutzkontrolle

§ 10 Schlussbestimmungen

Präambel

Die Vertragsparteien sind mit der Leistungsvereinbarung ein Auftragsverarbeitungsverhältnis eingegangen. Um die sich hieraus ergebenden Rechte und Pflichten gemäß den Vorgaben der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (*Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG - DSGVO*), und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) zu konkretisieren, schließen die Vertragsparteien die nachfolgende Vereinbarung.

§ 1 Anwendungsbereich

Die Vereinbarung findet Anwendung auf die Erhebung, Verarbeitung und Löschung (im Folgenden: Verarbeitung) aller personenbezogener Daten (im Folgenden: Daten), die Gegenstand der Leistungsvereinbarung sind oder im Rahmen von deren Durchführung anfallen oder dem Auftragsverarbeiter sowie von ihm im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bebauungsplans Bahrenfeld 71/Lurup 69 beauftragten Dritten bekannt werden. Nicht unter den Anwendungsbereich fallen Daten von Mitarbeitern des Auftragsverarbeiters, soweit sie ausschließlich das Beschäftigungsverhältnis mit dem Auftragsverarbeiter betreffen.

§ 2 Konkretisierung des Auftragsinhalts

(1) Gegenstand und Dauer der Auftragsverarbeitung sowie Umfang, Art und Zweck der vorgesehenen Verarbeitung von Daten bestimmen sich nach der Leistungsvereinbarung.

(2) Folgende Datenarten oder -kategorien sind Gegenstand der Verarbeitung durch den Auftragsverarbeiter: Identifikationsdaten, Kommunikationsdaten.

(3) Der Kreis der durch den Umgang mit ihren Daten betroffenen Personen ist/sind: Mitarbeiter der BSW, andere Behörden und Dienststellen der FHH sowie im Zusammenhang mit dem Bebauungsplanverfahren durch den Auftragsverarbeiter beauftragte Planungsbüros (siehe Anlage 1).

§ 3 Verantwortlichkeit und Weisungsbefugnis

(1) Die Vertragsparteien einschließlich der durch den Auftragsverarbeiter im Zusammenhang mit dem Bebauungsplanverfahren beauftragte Dritte sind für die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verantwortlich. Der Verantwortliche kann jederzeit die Herausgabe, Berichtigung, Anpassung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung der Daten verlangen.

(2) Zur Gewährleistung des Schutzes der Rechte der betroffenen Personen unterstützt der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen angemessen, insbesondere durch die Gewährleistung geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen.

(3) Soweit sich eine betroffene Person zwecks Geltendmachung eines Betroffenenrechts unmittelbar an den Auftragsverarbeiter wendet, wird der Auftragsverarbeiter dieses Ersuchen unverzüglich an den Verantwortlichen weiterleiten.

(4) Der Auftragsverarbeiter darf Daten ausschließlich im Rahmen der Weisungen des Verantwortlichen verarbeiten bzw. verarbeiten lassen, sofern er nicht zu einer anderen Verarbeitung durch das Recht der Union oder des Mitgliedstaates, dem der Auftragsverarbeiter unterliegt, hierzu verpflichtet ist (z. B. Ermittlungen von Strafverfolgungs- oder Staatsschutzbehörden); in einem solchen Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine solche Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. a DSGVO). Eine Weisung ist die auf einen bestimmten Umgang des Auftragsverarbeiters oder von ihm dazu beauftragte Dritte mit Daten gerichtete schriftliche, elektronische oder mündliche Anordnung des Verantwortlichen. Die Anordnungen sind zu dokumentieren. Die Weisungen werden zunächst durch die Leistungsvereinbarung definiert und können von dem Verantwortlichen danach in dokumentierter Form durch eine einzelne Weisung geändert, ergänzt oder ersetzt werden.

(5) Der Auftragsverarbeiter hat den Verantwortlichen unverzüglich zu informieren, wenn er der Meinung ist, eine Weisung verstoße gegen datenschutzrechtliche Vorschriften. Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung solange auszusetzen, bis sie von Seiten des Verantwortlichen bestätigt oder geändert wird. Die wei-

sungsberechtigten Personen auf Seiten des Verantwortlichen sind: Alle mit dem Projekt beauftragten Mitarbeitenden des Amtes für Landesplanung und Stadtentwicklung der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen. Die zum Empfang der Weisungen berechtigten Personen auf Seiten des Auftragsverarbeiters sind: Herr Tobias Piekatz und Herr Axel Simon.

(6) Änderungen des Verarbeitungsgegenstandes mit Verfahrensänderungen sind gemeinsam abzustimmen und zu dokumentieren. Auskünfte an Dritte oder die betroffene Person darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung durch den Verantwortlichen erteilen. Der Auftragsverarbeiter verwendet die Daten für keine anderen Zwecke und ist insbesondere nicht berechtigt, sie an Dritte weiterzugeben. Kopien und Duplikate werden ohne Wissen des Verantwortlichen nicht erstellt.

(7) Der Verantwortliche führt das Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten i.S.d. Art. 30 Abs. 1 DSGVO. Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen auf dessen Wunsch Informationen zur Aufnahme in das Verzeichnis zur Verfügung. Der Auftragsverarbeiter führt entsprechend den Vorgaben des Art. 30 Abs. 2 DSGVO ein Verzeichnis zu allen Kategorien von im Auftrag des Verantwortlichen durchgeführten Tätigkeiten der Verarbeitung.

(8) Die Verarbeitung der Daten im Auftrag des Verantwortlichen findet ausschließlich auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland statt. Eine Verarbeitung in einem Staat außerhalb des in Satz 1 genannten Territoriums ist nur zulässig wenn sichergestellt ist, dass unter Berücksichtigung der Voraussetzungen des Kapitels V der DSGVO das durch die DSGVO gewährleistete Schutzniveau nicht unterlaufen wird und bedarf der vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Verantwortlichen. Die grundlegenden Voraussetzungen für die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bleiben unberührt.

(9) Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass ihm unterstellte oder durch ihn beauftragte natürliche Personen, die Zugang zu Daten haben, diese nur auf Anweisung des Verantwortlichen verarbeiten. Eine Verarbeitung von Daten außerhalb der Betriebsräume des Auftragsverarbeiters (z.B. Telearbeit, Heimarbeit, Home Office, mobiles Arbeiten) bedarf der vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Verantwortlichen, die erst nach Festlegung angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen für die Verarbeitungssituation erteilt werden kann.

§ 4 Beachtung zwingender gesetzlicher Pflichten durch den Auftragsverarbeiter

(1) Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass sich die zur Verarbeitung der Daten befugten Personen zur Vertraulichkeit verpflichtet haben oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen und weist dies dem Verantwortlichen auf Wunsch nach. Dies umfasst auch die Belehrung über die in diesem Auftragsverarbeitungsverhältnis bestehende Weisungs- und Zweckbindung.

(2) Die Vertragsparteien unterstützen sich gegenseitig beim Nachweis und der Dokumentation der ihnen obliegenden Rechenschaftspflicht im Hinblick auf die Grundsätze ordnungsgemäßer Datenverarbeitung einschließlich der Umsetzung der notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen (Art. 5 Abs. 2, Art. 24 Abs. 1 DSGVO). Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen hierzu bei Bedarf entsprechende Informationen zur Verfügung.

(3) Der Auftragsverarbeiter hat eine/n Datenschutzbeauftragte/n zu benennen, die/der ihre/seine Tätigkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften ausübt. Die Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten sind dem Verantwortlichen zum Zwecke der direkten Kontaktaufnahme mitzuteilen.

(4) Der Auftragsverarbeiter informiert den Verantwortlichen unverzüglich über Kontrollen und Maßnahmen durch die Aufsichtsbehörden oder falls eine Aufsichtsbehörde im Rahmen ihrer Zuständigkeit bei dem Auftragsverarbeiter anfragt, ermittelt oder sonstige Erkundigungen einzieht.

§ 5 Technisch-organisatorische Maßnahmen und deren Kontrolle

(1) Die Vertragspartner sind verpflichtet, geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so durchzuführen, dass die Verarbeitung der Daten im Einklang mit den gesetzlichen Anforderungen erfolgt und der Schutz der Rechte der betroffenen Person in angemessener Form gewährleistet ist.

(2) Der Auftragsverarbeiter wird seine innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation so gestalten, dass sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird. Dabei sind insbesondere Maßnahmen zu treffen, die je nach der Art der zu schützenden Daten oder Datenkategorien geeignet sind.

(3) Der Auftragsverarbeiter wird dem Verantwortlichen alle erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen, die zum Nachweis der Einhaltung der in dieser Vereinbarung getroffenen und der gesetzlichen Vorgaben erforderlich sind. Er wird insbesondere Überprüfungen/Inspektionen, die vom Verantwortlichen oder einem anderen von diesem beauftragten Prüfer durchgeführt werden, ermöglichen und deren Durchführung unterstützen. Der Nachweis der Umsetzung solcher Maßnahmen, die nicht nur den konkreten Auftrag betreffen, kann dabei auch durch Vorlage eines aktuellen Testats, von Berichten hinreichend qualifizierter und unabhängiger Instanzen (z.B. Wirtschaftsprüfer, unabhängige Datenschutzauditoren), durch die Einhaltung genehmigter Verhaltensregeln nach Art. 40 DSGVO, einer Zertifizierung nach Art. 42 DSGVO oder einer geeigneten Zertifizierung durch IT-Sicherheits- oder Datenschutzaudit (z.B. nach BSI-Grundschutz) erbracht werden. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, den Verantwortlichen über den Ausschluss von genehmigten Verhaltensregeln gemäß Art. 41 Abs. 4 DSGVO, den Widerruf einer Zertifizierung gemäß Art. 42 Abs. 7 und jede andere Form der Aufhebung oder wesentlichen Änderung der vorgenannten Nachweise unverzüglich zu unterrichten.

(4) Der Verantwortliche kann sich jederzeit zu Prüfzwecken in den Betriebsstätten des Auftragsverarbeiters zu den üblichen Geschäftszeiten ohne Störung des Betriebsablaufs von der Angemessenheit der Maßnahmen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben oder der zur Durchführung dieses Vertrages erforderlichen technischen und organisatorischen Erfordernisse überzeugen.

(5) Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen darüber hinaus alle erforderlichen Informationen zur Verfügung, die er für die Prüfungen nach Absatz 4 sowie für eine Abschätzung der Folgen der vorgesehenen Verarbeitungsvorgänge für den Schutz der Daten (Datenschutz-Folgenabschätzung i.S.d. Art. 35 DSGVO) benötigt.

(6) Der Auftragsverarbeiter hat im Benehmen mit dem Verantwortlichen alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Daten bzw. der Sicherheit der Verarbeitung, insbesondere auch unter Berücksichtigung des Stands der Technik, sowie zur Minderung möglicher nachteiliger Folgen für Betroffene zu ergreifen.

§ 6 Mitteilung bei Verstößen durch den Auftragsverarbeiter

Der Auftragsverarbeiter unterrichtet den Verantwortlichen umgehend bei schwerwiegenden Störungen seines Betriebsablaufes, bei Verdacht auf Verstöße gegen diese Vereinbarung sowie gesetzliche Datenschutzbestimmungen, bei Verstößen gegen solche Bestimmungen oder anderen Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung der Daten des Verantwortlichen. Dies

gilt insbesondere im Hinblick auf die Meldepflicht nach Art. 33 Abs. 2 DSGVO sowie auf korrespondierende Pflichten des Verantwortlichen nach Art. 33 und Art. 34 DSGVO. Der Auftragsverarbeiter sichert zu, den Verantwortlichen erforderlichenfalls bei seinen Pflichten nach Art. 33 und 34 DSGVO angemessen zu unterstützen. Meldungen nach Art. 33 oder 34 DSGVO für den Verantwortlichen darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger Weisung gem. § 3 dieses Vertrages durchführen.

§ 7 Löschung und Rückgabe von Daten

(1) Überlassene Datenträger und Datensätze verbleiben im Eigentum des Verantwortlichen.

(2) Nach Abschluss der vertraglich vereinbarten Leistungen oder früher nach Aufforderung durch den Verantwortlichen, jedoch spätestens mit Beendigung der Leistungsvereinbarung, hat der Auftragsverarbeiter sämtliche in seinen Besitz gelangte Unterlagen, erstellte Verarbeitungs- und Nutzungsergebnisse sowie Datenbestände (wie auch hiervon gefertigte Kopien oder Reproduktionen), die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, dem Verantwortlichen auszuhändigen oder nach vorheriger Zustimmung des Verantwortlichen datenschutzgerecht zu vernichten. Gleiches gilt für Test- und Ausschussmaterial. Ein Löschungsprotokoll ist dem Verantwortlichen auf Anforderung vorzulegen.

(3) Der Auftragsverarbeiter kann Dokumentationen, die dem Nachweis der auftrags- und ordnungsgemäßen Datenverarbeitung dienen, entsprechend der jeweiligen Aufbewahrungsfristen bis zu deren Ende auch über das Vertragsende hinaus aufbewahren. Alternativ kann er sie zu seiner Entlastung bei Vertragsende dem Verantwortlichen übergeben. Für die nach Satz 1 aufbewahrten Daten gelten nach Ende der Aufbewahrungsfrist die Pflichten nach Absatz 2.

§ 8 Subunternehmen

(1) Der Auftragsverarbeiter darf weitere Auftragsverarbeiter (Subunternehmen) nur mit vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Verantwortlichen in Anspruch nehmen. Die zur Erfüllung dieses Vertrages hinzugezogenen Subunternehmen sind in der Anlage 1 im Einzelnen bezeichnet. Mit deren Beauftragung erklärt sich der Verantwortliche einverstanden. Sofern es sich um eine allgemeine schriftliche Genehmigung handelt, informiert der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen unverzüglich über jede beabsichtigte Änderung in Bezug auf die Hinzuziehung oder die Ersetzung von Subunternehmen. Der Verantwortliche kann gegen derartige Änderungen Einspruch erheben. Nicht als Leistungen von Subunternehmen im Sinne dieser Regelung gelten Dienstleistungen, die der Auftragsverarbeiter bei Dritten als Nebenleistung zur Unterstützung der Auftragsdurchführung in Anspruch nimmt, beispielsweise Telekommunikationsdienstleistungen. Der Auftragsverarbeiter ist jedoch verpflichtet, zur Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit der Daten des Verantwortlichen auch bei fremd vergebenen Nebenleistungen angemessene und gesetzeskonforme vertragliche Vereinbarungen zu treffen sowie Kontrollmaßnahmen zu ergreifen.

(2) Wenn Subunternehmen durch den Auftragsverarbeiter eingeschaltet werden, hat der Auftragsverarbeiter sicherzustellen, dass seine vertraglichen Vereinbarungen mit dem Subunternehmen so gestaltet sind, dass das Datenschutzniveau mindestens der Vereinbarung zwischen dem Verantwortlichen und dem Auftragsverarbeiter entspricht und alle vertraglichen und gesetzlichen Vorgaben beachtet werden; dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf den Einsatz geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Gewährleistung eines angemessenen Sicherheitsniveaus der Verarbeitung.

(3) Dem Verantwortlichen sind in der vertraglichen Vereinbarung mit dem Subunternehmen Kontroll- und Überprüfungsrechte entsprechend dieser Vereinbarung einzuräumen. Ebenso ist der Verantwortlichen berechtigt, auf schriftliche Anforderung vom Auftragsverarbeiter Auskunft über den Inhalt des mit dem Subunternehmen geschlossenen Vertrages und die

darin enthaltene Umsetzung der datenschutzrelevanten Verpflichtungen des Subunternehmens zu erhalten.

(4) Kommt das Subunternehmen seinen datenschutzrechtlichen Verpflichtungen nicht nach, so haftet der Auftragsverarbeiter gegenüber dem Verantwortlichen für die Einhaltung der Pflichten des Subunternehmens. Der Auftragsverarbeiter hat in diesem Falle auf Verlangen des Verantwortlichen die Beschäftigung des Subunternehmens ganz oder teilweise zu beenden oder das Vertragsverhältnis mit dem Subunternehmen zu lösen, wenn und soweit dies nicht unverhältnismäßig ist.

§ 9 Datenschutzkontrolle

Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, der/dem Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen sowie der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Erfüllung ihrer jeweiligen gesetzlichen zugewiesenen Aufgaben im Zusammenhang mit diesem Auftrag jederzeit Zugang zu den üblichen Geschäftszeiten zu gewähren. Der Auftragsverarbeiter unterwirft sich zusätzlich zu der für ihn bestehenden gesetzlichen Datenschutzaufsicht der Kontrolle der für den Verantwortlichen bestehenden Datenschutzaufsicht (hier: der Hamburgische Beauftragte) und der Kontrolle durch die/den Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen mit Ausnahme der Bereiche, die keinerlei Bezug zur Auftragserfüllung haben. Er duldet insbesondere Betretungs-, Einsichts- und Fragerechte der Genannten einschließlich der Einsicht in durch Berufsgeheimnisse geschützte Unterlagen. Er wird seine Mitarbeiter anweisen, mit den Genannten zu kooperieren, insbesondere deren Fragen wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten. Die nach Gesetz bestehenden Verschwiegenheitspflichten und Zeugnisverweigerungsrechte der Genannten bleiben davon unberührt.

§ 10 Schlussbestimmungen

(1) Änderungen und Ergänzungen dieser Anlage und aller ihrer Bestandteile - einschließlich etwaiger Zusicherungen des Auftragsverarbeiters - bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung und des ausdrücklichen Hinweises darauf, dass es sich um eine Änderung bzw. Ergänzung dieser Bedingungen handelt. Dies gilt auch für den Verzicht auf dieses Formerfordernis.

(2) Sollten einzelne Regelungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein, wird davon die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung tritt diejenige wirksame und durchführbare Regelung, deren Wirkungen der Zielsetzung am nächsten kommt, die die Vertragspartei mit der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich die Vereinbarung als lückenhaft erweist.

Hamburg 25.11.21
Datum, Ort

Hamburg, 04.11.2021
Datum, Ort

Anlage 1

Die zur Erfüllung dieses Vertrages hinzugezogenen Subunternehmen sind im Einzelnen bezeichnet:

Unternehmen	Leistung
clausen-seggelke stadtplaner [REDACTED] Partnerschaftsgesellschaft mbB	Bauleitplanerische Leistungen im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Bahrenfeld 71 – Lurup 69
Landschaft+Plan [REDACTED]	Landschaftsplanerische Leistungen im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens Bahrenfeld 71 – Lurup 69